



Stellungnahme zum Kreishaushalt 2023

AfD Fraktion im Kreistag Ostalb

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist bis zum 29.11.2022

***„Das Problem des Sozialismus ist,
dass dir irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht.“***

Margaret Thatcher, 1976

***„Man kann der Welt nicht helfen,
indem man das eigene Volk zugrunde richtet.“***

Viktor Orban

Für die AfD Fraktion

Susanne Mützel

Fraktionsvorsitzende

Kreistag Ostalb - Aalen, den 29. November 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,
Liebe Kollegen, Verehrte Anwesende,

Auch 2022 setzt sich die Preisgabe unseres hart erarbeitenden Wohlstandes fort. Nach der „Covid-über-alles-Politik“ der letzten Jahre steuert Deutschland immer weiter Richtung Umverteilung und Sozialismus.

Der Staat greift an immer mehr Stellen ein, spielt sich als Retter von Unternehmen auf, die gar nicht am Rande der Insolvenz wären, wenn wir eine vernünftige Politik hätten. Der Staat verteilt an die Bürger finanzielle Zuwendungen, wie das „Entlastungspaket“, die „Gaspreisbremse“ oder den „Doppelwumms“, verkauft als Geschenk der Regierung, was sie mitnichten sind. Die Regierung hat kein Geld. Die Regierung nimmt das Geld des immer kleiner werdenden Anteils der arbeitenden Bevölkerung und verteilt es um.

Hinzu kommt die Einführung von sogenannten „Sondervermögen“, die nichts anderes sind als Schattenhaushalte, die nicht mehr demokratisch legitimiert werden.

Mit der gelebten Demokratie steht Deutschland ohnehin schon länger auf Kriegsfuß. Ich möchte an Merkels verfassungswidrige Aussagen zur Thüringen Wahl 2020 erinnern. Die für ungültig erklärte Wahl in der Bundeshauptstadt Berlin 2021, ist ein weiteres Armutszeugnis in Sachen Demokratieverständnis. Die Wahl des Abgeordnetenhauses sowie die Bundestagswahl in Berlin müssen wiederholt werden. Aus Sicht des Gerichtshofs wurden die Grundsätze der Freiheit, der Allgemeinheit und der Gleichheit der Wahl verletzt. Und das in Deutschland, das sich moralisch gerne über andere Länder erhebt – UNFASSBAR.

In der Haushaltsrede wird auf die Energiekrise eingegangen.

Werfen wir einen Blick auf die tatsächliche Sachlage: Deutschland hat sich aus eigenen und freien Stücken in diese missliche Lage manövriert: Eine Folge der unrealistischen, ruinösen und im Weltmaßstab effektlosen Energiewende, gepaart mit nicht durchdachten und uns vielmehr selber schadenden Sanktionen gegen Russland.

Zur Energiewende:

Die erneuerbaren Energien können uns keine Versorgungssicherheit bieten. Die Wind- und Sonnenenergie bringen ganz grundsätzliche Probleme mit sich: wir haben wetter- und tageszeitabhängige Bedarfslücken und Überkapazitäten. Mit Ihrem Wunsch, Herr Landrat, auf immer mehr Windräder und Solar zu setzen, wächst dieses Problem im Ostalbkreis. Wir sind leider weit davon entfernt, die nötigen Speichermöglichkeiten dafür zur Verfügung zu stellen.

Wir benötigen bedarfsgerecht, bezahlbaren und jederzeit verfügbaren Strom und Gas für die Bürger und die Industrie am Standort Ostalb. Wenn wir weiterhin weltmarktfähig bleiben wollen, dann müssen wir im Ostalbkreis dringend umdenken.

Auch unser Landkreis sollte sich mit allem Nachdruck für den Weiterbetrieb und den Wiederanlauf der noch betriebsfähigen AKWs einsetzen. 2021 haben die sechs noch laufenden AKWs in Deutschland mehr und zuverlässigen Strom Tag und Nacht produziert, als alle Solarflächen Deutschlands zusammen. Die durch den Bundestag beschlossene Verlängerung von lediglich drei AKW's bis 15.04.2023 ist lächerlich, oder ist ab dem 16.04.2023 die Energielage sichergestellt?

Wir **beantragen** deshalb, mit allen verfügbaren Mitteln, die Erhaltung und den Ausbau grundlastfähiger Stromquellen zu fördern anstatt den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergiegewinnung zu beschleunigen.

Zusammenfassend muss man konstatieren, dass wir letztlich keine Energiekrise, sondern eine Regierungskrise haben, mit einer Regierung, die sich nicht für das Wohl der eigenen Bürger einsetzt.

Meine Damen und Herren, unser drängendstes, daraus resultierende Problem ist die bereits angelaufene Deindustrialisierung Deutschlands.

Das spüren wir allen Ortes und auch im Ostalbkreis und den umliegenden Gemeinden. Aktuellstes Beispiel VARTA in Ellwangen und Nördlingen mit Umsatz- und Gewinnrückgang. 300 Beschäftigte gehen über den Jahreswechsel in Betriebsurlaub. In Nördlingen werden die befristeten Verträge nicht verlängert und die Fabrik für E-Auto-Akkus wird vorerst nicht entstehen.

Bosch hat bereits einen Großteil seiner Produktion von Schwäbisch Gmünd nach Ungarn verlagert. Alles „sozial verträglich“ aus Sicht vom Arbeitgeber und der Gewerkschaft, alles Augenwischerei sage ich. Gut ausgebildete Fachkräfte sind „nach Sozialplan“ frühzeitig in Rente geschickt worden, durch Steuergelder finanziert, wie absurd ist das bitte?

Woran liegt das? Deutschland ist nicht mehr attraktiv als Wirtschaftsstandort.

Übrigens nicht nur für Arbeitgeber, sondern auch für Arbeitnehmer. Gut ausgebildete Ingenieure, Ärzte, Handwerker verlassen in Scharen unser Land. Stichwort „Brain Drain“. Wir müssen in Deutschland hart arbeiten für unser Geld, auch aufgrund der hohen Steuern und Abgaben. Der Wohlstandverlust in unserem Land ist Realität. Zum Beispiel der gerade abgeschlossene Tarifvertrag der IGM. Ein Witz was die Gewerkschaft als „8,5%“ verkauft: nach mehreren Jahren ohne dauerhafte Tarifierhöhung landet man bei unter 4% pro Jahr bei einer gleichzeitigen Preissteigerung von über 10%.

Da überlegen sich junge, flexible Arbeitnehmer zweimal, ob sie in Deutschland die Früchte ihrer teuren Investition in die Ausbildung ernten möchten, oder doch lieber in der Schweiz, in Skandinavien, in den USA.

Zeitgleich will die Regierung die Sozialleistungen erhöhen und das Bürgergeld einführen, so dass sich Arbeit immer weniger lohnt. Deutschland ist ein Paradies für Wirtschaftsflüchtlinge, die sich in der bestens ausgestatteten sozialen Hängematte wohlfühlen.

Die aktuell stark zunehmende, ungezügelter, illegale Migration verschärft unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Es wird immer wieder verschleiend davon geredet: „Deutschland ist ein Zuwanderungsland, wir brauchen Menschen“. Diese Aussagen sollen überdecken, dass die Regierung seit Jahren die illegalen Zuströme in unsere Sozialsysteme nicht im Griff hat.

Unsere Gesellschaft wird älter, mit großen Risiken für die Finanzierung der Rente. Das Rentenproblem löst man in keinem Falle damit, Menschen ins Land zu holen, die wir dann stark überproportional in den Sozialsystem unseres Landes und Kreises wiederfinden. Es ist weltweit bekannt, wie gut man in Deutschland von den Sozialleistungen leben kann. Unser Sozialkapital wird durch solche Migration aufgezehrt, und damit muss Schluss sein!

Wir haben bereits in unserer letzten Haushaltsrede beantragt, das Programm QUARK den Kreisräten vorzustellen sowie finanziell besser zu stellen. Da dies nicht erfolgte und sich die Situation weiter verschlechtert, besteht nun verschärfter Handlungsbedarf in diesem Bereich. Wir wiederholen deshalb unseren **Antrag** mit Nachdruck.

Vor einem Jahr an dieser Stelle haben wir vorausschauend beantragt, dass der Kreistag frühzeitig in die Sachlage zur vertraglich auslaufenden Beendigung der LEA eingebunden wird. Nichts davon ist passiert. Allerdings sieht es mittlerweile danach aus, dass das Land in geheimen Hinterzimmerabsprachen den LEA Vertrag, mir nichts dir nichts verlängern will, gegen den Willen des Gemeinderates und der Bevölkerung.

Die CDU und die Freien Bürger Ellwangen haben sich der jahrelangen AfD Forderung „Schluss mit der LEA Ellwangen“ endlich angeschlossen, dafür danken wir an dieser Stelle herzlich.

Die AfD Fraktion Ostalb spricht sich proaktiv klar gegen eine mögliche Verwendung von Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen aus. Turnhallen dienen dem Zweck, dort Sport zu treiben.

Stattdessen soll der Kreis das Problem der Flüchtlingsunterbringung an Land und Bund zurück delegieren, damit hoffentlich aus dem Etat des Außenministeriums nicht Flüchtlingsschlepper unter dem Deckmantel der „Seenotrettung“ finanziert werden, sondern der Grenzschutz an der Südgrenze Europas.

Zusammenfassend halten wir als AfD fest: **setzen Sie sich bitte dringend dafür ein**, dass die illegale Migration endlich gestoppt wird und ebenso die Ausreisepflichtigen in ihre Heimat remigriert werden.

„Wir profitieren doch so stark von der EU.“ Eine Formulierung, die wir in Sitzungen des Kreistag und Ausschüssen mantrahaft hören dürfen. Laut EZB-Studie gehört Deutschland gemessen am Vermögen seiner Bürger zu den ärmeren Ländern der EU. Der normale Bürger profitiert also offensichtlich nicht.

Eine weitere Richtigstellung zur üblichen Propaganda: *„Dieses Projekt im Ostalbkreis wurde durch die EU finanziert.“* Deutschland ist mit einem Netto-Beitrag von ca. 21 Mrd. € mit Abstand der größte EU-Beitragzahler (Statista, EU Haushalt 2021). Mitnichten bezahlt also die EU diese Projekte im Ostalbkreis. Nein, wir Steuerzahler im Ostalbkreis bezahlen diese Projekte selber, und zwar in dreifacher Höhe!

Ich komme zu weiteren Kreisthemen.

Verkehr

Der Dauerbrenner „Brenzbahn“ könnte langsam in die Schlussgerade einbiegen. Wir unterstützen einen Ausbau der Brenzbahn. Allerdings dürfen wir die berechtigten Interessen der Autofahrer darüber nicht vergessen. Sie sprechen immer von doppelten Fahrgastzahlen im ÖPNV, aber warum fahren ca. 80% der Mitglieder dieses Kreistages mit dem Auto zur Sitzung?

Wir müssen klar festhalten: Der Individualverkehr ist und bleibt im ländlichen Raum das wichtigste Fortbewegungsmittel. Dementsprechend soll der Ausbau der Straßen im Kreis im Etat angemessen berücksichtigt werden.

Union Areal

Gestartet bei ca. 27 Mio. € wird dieser Bau von Monat zu Monat teurer, wir liegen aktuell bei ca. 107 Mio. € und das ist sicher noch nicht das Ende der Fahnenstange. Das Parkhaus ist viel zu klein projektiert. Der grundsätzliche Sinn eines Gebäudes ist nachvollziehbar, aber aus Sicht der AfD deutlich preiswerter zu realisieren. Mit dieser Lösung kommt der Ostalbkreis bald wahrscheinlich ebenfalls ins Schwarzbuch der Steuerzahler. Da will man Aalen mit dem Steg wohl in nichts nachstehen?! Wir appellieren an dieser Stelle eindringlich, die Kosten zu reduzieren. Die exorbitanten fast 110 Mio. € belasten unseren Haushalt über viele Folgejahre und schränken unseren Bewegungsspielraum extrem ein.

Wenden wir uns nun einem der relevantesten Themen für den Kreis zu: der Zukunft der Kliniken Ostalb. Langsam werden die medizinischen, personellen und finanziellen Zwänge immer deutlicher. Aktuell steht das Zentralklinikum mit strategisch verteilten peripheren Notfallambulanzen im Raum, über deren Ausstattung noch zu diskutieren bleibt, besonders über den Erhalt einer Geburtsklinik in Mutlangen. Das Gesamtprojekt ist unseres Erachtens vorläufig nicht entscheidungsreif. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist mit regional unterschiedlichen Zielen gegen jede grundsätzliche Strukturänderung.
2. Es gibt bisher keine wirklich substantiierten Kostenschätzungen.

Das Klinik-Thema ist im übrigen zu wichtig, als dass sich manche Bürgermeister populistisch in Position bringen, solch ein Projekt ist kein Thema für Kirchturmpolitik, es betrifft alle Bürger des Ostalbkreises und es muss eine vernünftige und zukunfts-trächtige Entscheidung getroffen werden.

Eine der entscheidendsten Aufgaben im Vorfeld ist es, die Menschen des Ostalbkreises und die Mitarbeiter der Kliniken mitzunehmen. Wir **beantragen** zusätzlich zu den bereits erfolgten Veranstaltungen eine breit angelegte Informationskampagne der Bevölkerung über die medizinische Situation und die daraus resultierenden Handlungszwänge.

Außerdem **beantragen** wir die Erstellung einer realistischen Kostenschätzung und davon ausgehend finanzielle Machbarkeitsstudie.

Kommen wir nun zur Kreisumlage. Herr Landrat, Sie wollen die Kreisumlage dieses Jahr erhöhen. Sicher ist das die bequemste Möglichkeit, um Gelder in die Kassen zu spülen. Allerdings wäre es aus unserer Sicht angebrachter, den Kreishaushalt erst einmal einer genauen Überprüfung zu unterziehen und diejenigen Posten zu streichen, die lediglich unter die „Kür“ fallen. 32 neue Mitarbeiter helfen ebenfalls nicht, den Haushalt zu senken. Mit Ihrer vorgeschlagenen Kreisumlage wäre der Ostalbkreis der negative Spitzenreiter im Regierungsbezirk, mit 627€ je Einwohner. Wir lehnen eine Erhöhung der Kreisumlage ab.

Auch steigt die äußere Verschuldung des Ostalbkreises immer stärker an. Unter Landrat Pavel wurde die Verschuldung stetig reduziert. Seit 2022 steigt sie wieder an auch durch das Union-Areal. 2021 lag die Verschuldung bei ca. 72 € je Einwohner, mit dem Union Areal würde die Verschuldung auf ca. 145 € je Einwohner ansteigen, mehr als das Doppelte. Einsparung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung wäre das Gebot der Stunde angesichts der finanziellen Sorgen der steuerlich ausgequetschten Bürger.

Bevor ich schließe, möchte ich einen Blick zurück werfen auf die Corona-Politik des Kreises.

Das Bundesverwaltungsgericht erklärte kürzlich die bayrischen Freiheitseinschränkungen der letzten beiden Jahre für in wesentlichen Teilen rechtswidrig. Dem Ministerpräsidenten wurde ein fragliches Rechtsverständnis attestiert. Sah es mit dem Rechtsverständnis im Ostalbkreis eigentlich besser aus? Keineswegs!

Zum Einen präsentierte sich der Ostalbkreis als williger und kritikloser Erfüllungshelfer verfehlter Bundes- und Landespolitik, mit seinen kreisweiten Ausgangsbeschränkungen und Zutrittsverboten für nicht Immunisierte (Allgemeinverfügung vom 21.11.2021).

Zum Zweiten ergriff der Ostalbkreis falsche Initiativen mit der unsäglichen „Resolution zur Impfpflicht“, der sie hier im Kreistag, im Dezember 2021, fast einstimmig gegen die Stimmen der AfD zugestimmt haben. Mit dieser Resolution haben Sie gefordert, dass JEDER BÜRGER gezwungen werden solle, sich verpflichtend gegen Covid impfen zu lassen. Dies trotz bekannt fehlendem Kollektiv-Schutz der Impfung, bei gleichzeitig belegten Risiken; auch für Personengruppen, die durch Covid kaum gefährdet sind, z.B. Kinder und junge Menschen.

Es ist für mich unfassbar, wie leicht ihnen die Zustimmung fiel zu Einschränkungen der individuellen Entscheidungsfreiheit und des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit (GG Art. 2 (2) Persönliche Freiheitsrechte).

Es zeigt sich einmal wieder, die einzige Fürsprecherin für individuelle Freiheit und Verantwortung gegen kollektivistische Übergriffe war und ist die Partei der AfD.

Wir **beantragen** eine Aufarbeitung der Coronapolitik im Kreistag. Nicht, um Schuldige und Fehlgeleitete an den Pranger zu stellen. Sondern um über die entstandene gesellschaftliche Kluft neue Brücken zu bauen, indem wir ein neues, gemeinsames Bewusstsein für den Wert individueller Rechte schaffen.

In diesem Spannungsverhältnis stehen wir nun vor der Aufgabe den Haushalt 2023 für den Ostalbkreis zu beschließen, wir freuen uns auf die Haushaltsberatungen.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich mich bei allen Mitarbeitern der Landkreisverwaltung bedanken. Wir freuen uns auf ein gemeinsames Jahr 2023, dem 50. Jubiläum des Ostalbkreises.

Ich möchte nun mit einem Zitat von Friedrich Dürrenmatt schließen:
„Die Herrschenden müssen bewacht werden, nicht die Beherrschten“.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und eine frohe Adventszeit